

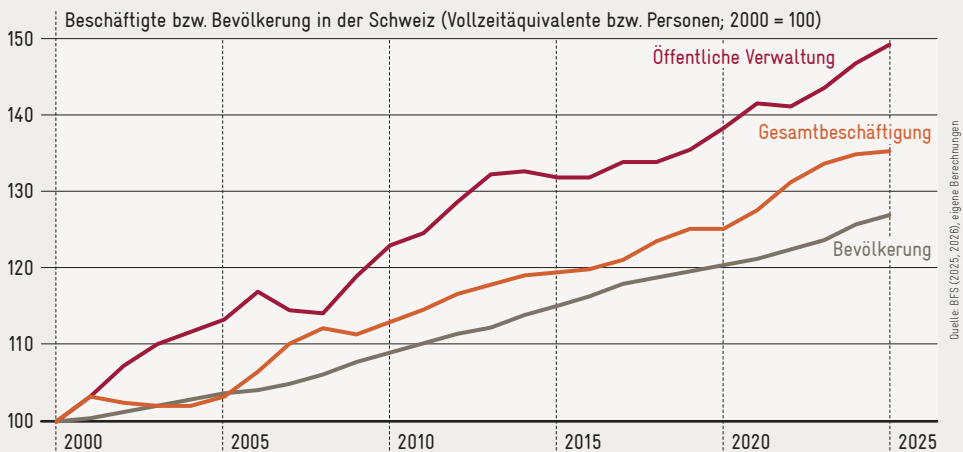
Ungebremstes Verwaltungswachstum

Die Politik will mehr absichern und fördern. Sie treibt damit ein Beschäftigungswachstum im öffentlichen Sektor an, das jenes in der Privatwirtschaft seit Jahren deutlich übertrifft. Die Folgen sind weitreichend.

Ausgangslage

Der Ausbau der öffentlichen Verwaltung folgt einer klaren Logik: Je mehr Absicherung und Förderung vom Staat verlangt wird, desto mehr wird reguliert. Um diese Regulierung umzusetzen, braucht es mehr Personal. Und dieses Personal wird wiederum neue Absicherungen und Fördermöglichkeiten identifizieren. Das Ergebnis ist ein selbstverstärkender Mechanismus, dessen Folgen weitreichend sind: Steigende Personalkosten belasten die öffentlichen Finanzen und damit über Steuern den privaten Sektor. Gleichzeitig wird der private Sektor auch zunehmend vom Staat beim Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte konkurrenziert.

Die Verwaltung wächst überproportional



Seit 2000 wuchs die Verwaltung um 49% – stärker als die Gesamtbeschäftigung (+35%) und rund doppelt so schnell wie die Bevölkerung (+26%).

Facts

4%

Über 180 000 Angestellte (Vollzeit-äquivalente) arbeiten heute in der Verwaltung im engeren Sinne – rund 4% aller Erwerbstätigen. Rechnet man weitere Staatsangestellte wie Lehrpersonen hinzu, steigt der Anteil auf 10%. Zählt man auch staatsabhängige Beschäftigte (staatlich finanziert oder kontrolliert) dazu, sind es rund eine Million oder 23%.

■ **Hohe Löhne:** Für vergleichbare Qualifikationsprofile liegt der staatliche Lohnaufschlag gemäss dem Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik für die Jahre 2017 bis 2022 beim Bund bei 11,7%, bei den Kantonen bei 5,4% und bei den Gemeinden bei 4,5%. Der Staat zahlt demnach systematisch mehr als die Privatwirtschaft.

■ **Steigende Kosten:** Auf allen Staatsebenen sind die gesamten Personalausgaben deutlich stärker gestiegen als die Bevölkerung. Pro Kopf und inflationsbereinigt gibt die Schweiz heute über 10% mehr für Verwaltungspersonal aus als noch 2010.

■ **Hohe Verwaltungsqualität:** Die Schweizer Verwaltung schneidet in internationalen Qualitätsvergleichen gut ab. Im Worldwide Governance Indicator der Weltbank rangiert die Schweiz jeweils auf den vordersten Rängen.

■ **Ungenutztes Effizienzpotenzial:** Das Beratungsunternehmen PwC schätzt, dass allein die Kantone bei gleicher Leistung 13,8 Milliarden Franken jährlich einsparen könnten, wenn sie sich an den Besten orientieren. Das sind 10% ihrer Gesamtausgaben.

Empfehlungen

Um das Verwaltungswachstum zu begrenzen, ohne die staatliche Leistungsfähigkeit zu gefährden, braucht es Reformen entlang zweier Dimensionen. Erstens **Effizienz:** Ein externes Benchmarking im Dreijahresrhythmus, das Löhne und Leistung transparent macht, sowie eine institutionelle Verwaltungsbremse mit Personal-

kostendeckel erhöhen den Effizienzdruck. Zweitens **Effektivität:** Regelmässige Rechtsbereinigungen stellen einen wirksamen Regulierungsrahmen sicher und bremsen damit das Verwaltungswachstum an der Wurzel. So könnte etwa eine periodische «Löschwoche» in den Parlamenten dazu genutzt werden, Gesetze zu bereinigen, bei denen der Nutzen die Kosten nicht (mehr) rechtfertigt.

